



Der Deckelungsbeschluss muss weg – er demotiviert die Polizei

Ende 2012 ist endgültig Schluss. Dann geht mit dem Auslaufen des mittleren Dienstes ein fast zwanzigjähriger Reformprozess zu Ende, dessen Ziel eine leistungsgerechte Bezahlung für alle Polizeibeamtinnen und -beamten in NRW sein sollte. Doch nicht alle Polizeibeamten haben von der zweigeteilten Laufbahn in NRW profitiert. Vor allem bei Führungskräften im Bereich von A 12 und A 13 gibt es einen Beförderungsstau der demotiviert.

Begonnen hat der Reformprozess mit dem im Juli 1991 vorgestellten Abschlussbericht der Unternehmensberatung Kienbaum über die Funktionsbewertung der Schutzpolizei in NRW. Unterstützt wurden die Empfehlungen des Berichtes durch den damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD). „Die Landesregierung erkennt an, dass die Aufgaben der Beamten der Schutzpolizei durch zunehmende Gewaltkriminalität, die gewalttätige Auseinandersetzung bei Demonstrationen und durch den Terrorismus erhebliche Erschwerungen erfahren haben. Sie wird eine angemessene Neuregelung der Stellenplanobergrenzen, durch die der Aufgabenerschwerung Rechnung getragen wird, unterstützen“, erklärte Rau.

Heute, zwanzig Jahre später, ist das Ziel, die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei, fast erreicht. 2009 werden die letzten Polizeimeisterinnen und -meister befördert, 2011 die letzten Polizeiobermeisterinnen und -meister. Und 2012 dürften die letzten Kolleginnen und Kollegen in den gehobenen Dienst übergeleitet sein.

Der Weg der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn war lang und beschwerlich, aber er hat sich gelohnt. Er darf deshalb jetzt nicht vorzeitig durch das Festhalten am sogenannten Deckelungsbeschluss beendet werden. Denn ein zeitgemäßes, gerechtes Besoldungssystem muss sich an den Aufgaben orientieren, die der Einzelne innerhalb der Polizei übernommen hat, und nicht an starren Stellenplänen. Insbesondere für die Führungskräfte der Polizei werden aber durch die bislang geltenden Stellenpläne die Berufsperspektiven und Karrierechancen nicht ausreichend gefördert. Eine qualifizierte Aufgabenerledigung und

die Übernahme von Führungsfunktionen müssen sich aber auch in Zukunft positiv für den Einzelnen auswirken.

Die GdP fordert deshalb, den sogenannten Deckelungsbeschluss, durch den die Funktionsstellen im A 12er- und A 13er-Bereich auf insgesamt 4022 Stellen begrenzt sind, zu durchbrechen. Er ist weder zeitgemäß, noch wird er den vielfältigen Führungs- und Fachaufgaben in

ten Jahren sogar noch zusätzlich verschärfen, weil bei der Polizei in NRW nur noch für den gehobenen Dienst eingestellt wird. Von den neu eingestellten Kommissaranwärterinnen und -anwärttern werden in Zukunft aber nur noch rund zehn Prozent jedes Ausbildungsjahrgangs eine reelle Beförderungschance nach A 12 und A 13 haben – trotz Bachelor-Studiums. Deshalb wird es in den kommenden Jahren zu einem verstärkten Beförderungsstau bei der Polizei kommen, der das bereits vorhandene hohe Potenzial an Unzufriedenheit, Frustration und Motivationsverlust weiter verstärken wird.

Die GdP fordert deshalb nachdrücklich, diese Situation kurz- und mittelfristig zu verbessern. Als erster Schritt böte sich eine sofortige Ausweitung der A 12er- und A 13er-Beförderungsmöglichkeiten an. Diese Ausweitung sollte in mehreren Jahresschritten erfolgen und könnte sich an der Zahl der Neueinstellungen (mind. 10 Prozent) orientieren. Hieraus könnte das Innenministerium 450 bis 600 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten nach A 12 und A 13 realisieren. Mittelfristig müsste zudem die zusätzliche Aufgabenwahrnehmung im Bereich Gewalt-, Internet- und Computerkriminalität, organisierter Kriminalität, Wirtschaftskriminalität sowie die bestehende Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus mehr honoriert werden.

Dafür müsste die Landesregierung allerdings zusätzliche finanzielle Mittel bereitstellen. Denn das Land muss nicht nur ausreichend Personal für die Polizei einstellen, sondern die Polizeibeamtinnen und -beamten müssen auch sachgerecht entlohnt werden. Und das geht nicht ohne eine Erweiterung der Stellen bei A 12 und A 13. Denn innere Sicherheit ist nicht zum Nulltarif zu haben.



Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Zahl der Führungsstellen im gehobenen Dienst trotz der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn auf 4000 Stellen gedeckelt. Die Folge: Immer mehr Polizeibeamtinnen und -beamte übernehmen Führungsfunktionen, ohne dafür entsprechend bezahlt zu werden.

der Polizei des Landes gerecht. Im Gegenteil: Es besteht ein krasses Missverhältnis zwischen den haushaltsrechtlich zur Verfügung stehenden A 12er- und A 13er-Planstellen und der Zahl der Führungskräfte, die auf Grund der von ihnen wahrgenommenen Funktionen eigentlich Anspruch auf eine entsprechende Stelle haben. Das Problem fehlender adäquater Planstellen wird sich in den nächs-



Es ist Zeit zum Handeln. Jetzt.

Zwanzig Jahre hat es gedauert, bis die Landesregierung ein von der Unternehmensberatungsfirma Kienbaum in ihrem Auftrag bis ins Detail beschriebenes Problem – die systematische Unterbezahlung von Polizeibeamten – gelöst hat. Es war ein langer Weg von der ersten Problemanalyse bis zu dessen Überwindung durch die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn in NRW. Doch der Weg hat sich gelohnt. Die zweigeteilte Laufbahn schafft nicht nur ein Stück mehr Gerechtigkeit, indem die hoch qualifizierte Arbeit, die Polizeibeamtinnen und -beamten jeden Tag leisten, ein Stück weit gerechter bezahlt wird, sondern sie bringt Nordrhein-Westfalen wieder näher dahin, wo das einwohnerstärkste Land hingehört. Ein Land, das bei der Entwicklung innenpolitischer Konzepte für andere Bundesländer schon immer auch ein Stück weit Vorbild war.

Ein toller Erfolg, wäre da nicht das Bauernopfer, mit dessen Hilfe sich die Politik in den vergangenen Jahren einen Teil dieses Erfolgs wieder zurückgeholt hat: der Deckelungsbeschluss. Mit seiner Hilfe haben die Landesregierungen in NRW, nicht nur die jetzt regierende Koalition, sondern auch schon Rot-Grün, die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn zum Teil gegenfinanziert.

Denn was so harmlos klingt, ist nichts anderes als eine faktische Beförderungssperre gerade für diejenigen, die als Leistungsträger im gehobenen Dienst die Polizei nach vorne bringen. Für sie gibt es keine Beförderungsmöglichkeiten, weil wegen des Deckelungsbeschlusses Beförderungen nach A 12 und nach A 13 nur dann ausgesprochen werden können, wenn andernorts ein Stelleninhaber in Ruhestand geht. Das gilt zum Teil selbst dann, wenn die betroffenen Führungskräfte bereits seit Jahren die entsprechenden Leitungsfunktionen wahrnehmen. Ein Unding, das dazu führt, dass in einzelnen Dienststellen die untergeordneten Beamten mehr verdienen als ihre Vorgesetzten.

Bekannt ist diese Gerechtigkeitslücke schon seit langem. Auch im Innenministerium. Nur entschieden, wie dieses Problem gelöst werden soll, hat der Minister noch immer nicht.

Dabei wäre es Zeit zu handeln. Jetzt. Denn dass nach der Beförderung von mehreren zehntausend Polizeibeamtinnen und -beamten nach

A 10 und A 11 die Zahl der Polizeibeamten mit A 12 und A 13 nicht auf Ewigkeit auf 4022 Stellen eingefroren werden kann, weiß auch der Innenminister. Auch wegen des enormen Aufgabenzuwachses, den die Polizei in den vergangenen Jahren erfahren hat. Würde er jetzt handeln, würde er nicht nur ein Stück Gerechtigkeit wiederherstellen, sondern auch einer Erfolgsstory zum Durchbruch verhelfen: einer Um-



Auf dem politischen Prüfstand steht der Deckelungsbeschluss bei der Polizei schon lange. Es ist Zeit, ihn endlich zu überwinden, mahnt der GdP-Vorsitzende Frank Richter.

setzung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei, die nicht durch ein Bauernopfer finanziert wird.

GdP fordert Bekenntnis zum Erhalt der Werkstätten

1,2 Millionen Euro Gewinn haben die 23 Kfz-Werkstätten in den Kreispolizeibehörden des Landes 2007 erwirtschaftet. Geld, das der Steuerzahler zusätzlich aufbringen müsste, wenn es die Werkstätten nicht geben würde und stattdessen private Unternehmen die Wartung der Polizeifahrzeuge übernehmen würden. Doch trotz des ökonomischen Erfolgs ist die Zukunft der Kfz-Werkstätten nicht gesichert. Denn bei vielen Werkstätten wird in den kommenden Jahren das notwendige Fachpersonal knapp, wenn die dortigen Werkstattmeister altersbedingt in Rente gehen. Nachbesetzt werden sollen deren Stellen nämlich ausschließlich aus dem Pool des landes-

eigenen Personaleinsatzmanagements (PEM). Nur: Dort gibt es keine Kfz-Meister. Fehlt es den Werkstätten aber an qualifizierten Meistern, verlieren sie ihre von den Automobilfirmen verliehene Zertifizierung. Die Konsequenz: Verliert eine Kfz-Werkstatt ihre Zertifizierung, läuft sie Gefahr, auch ihre Wirtschaftlichkeit zu verlieren. Damit aber wäre der Weg für eine kalte Privatisierung der Werkstätten frei. Das Innenministerium bräuchte sich nur auf die Unwirtschaftlichkeit einzelner Werkstätten berufen, die sie zuvor selbst herbeigeführt hat.

Die GdP hat deshalb die Landesregierung aufgefordert, der verfehlten Perso-

nalpolitik bei der Wiederbesetzung freier werdender Stellen in den Werkstätten ein Ende zu bereiten. Sie fordert, dass frei werdende Stellen am Arbeitsmarkt ausgeschrieben werden, wenn sich kein geeigneter Bewerber im PEM finden lässt. „Es ist nicht akzeptabel“, erklärte die stellvertretende GdP-Vorsitzende Brigitte Herrschaft, „dass die Stellen nur deshalb nicht ausgeschrieben werden, weil der Innenminister aus ideologischen Gründen dem Credo ‚Privat vor Staat‘ anhängt.“ Angesichts der ohnehin angespannten Haushaltslage des Landes „ist eine derartige Fehlentscheidung zu Lasten der Beschäftigten und der Steuerzahler nicht hinnehmbar.“



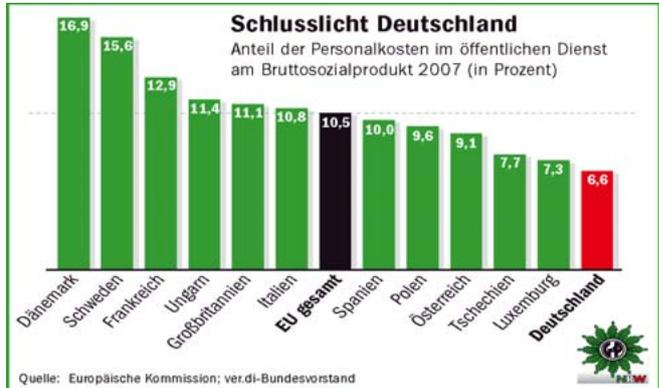
NRW fordert acht Prozent

Acht Prozent wollen die Gewerkschaften in den am 19. Januar beginnenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder durchsetzen, mindestens aber 200 Euro. Die gleiche Forderungshöhe hatte bereits die Große Tarifkommission der GdP Nordrhein-Westfalen Ende November den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vorgeschlagen.

In der Tarifrunde 2009 wollen die ÖD-Gewerkschaften erreichen, dass die Beschäftigten der Länder wieder Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung in den anderen Branchen bekommen. Zudem wollen sie verhindern, dass ihre Verhandlungsmacht dadurch geschwächt wird, dass Bund, Länder und Kommunen ihren Arbeitsmarkt in immer mehr Tarifbereiche mit unterschiedlichen Einkommenstabellen und Laufzeiten zersplittern. Neben einer deutlichen Tarifierhöhung wollen die ÖD-Gewerkschaften auch die Laufzeit des TV-L wieder mit der für den Tarifvertrag für den Bund und die Kommunen synchronisieren.

Ob es ohne Streikauseinandersetzungen zu einem akzeptablen Tarifangebot der Länder kommt, ist allerdings fraglich. Bereits Ende 2008 hatte der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter deshalb gegenüber der Westfälischen Rundschau erklärt, dass die GdP in Nordrhein-Westfalen notfalls für einen Streik gerüstet ist. „Wir haben“, erklärte Richter mit Blick auf die realen Einkommensverluste der Beschäftigten von fast acht Prozent allein in den vergangenen vier Jahren, „unseren Teil zur Sanierung des Landesetats beigetragen“. Jetzt müsse die Landesregierung bei der Bezahlung der eigenen Beschäftigten die gleiche Beweglichkeit zeigen, wie sie sie bei der Rettung der Banken gezeigt hat.

Auch die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bereiten sich auf harte Tarifaueinandersetzungen vor. Erste Aktionen könnte es bereits Anfang Februar geben.



In den vergangenen Jahren ist bei Bund, Ländern und Kommunen massiv Personal abgebaut worden – auch bei der Polizei. Gleichzeitig sind die Reallöhne der Beschäftigten im öffentlichen Dienstes deutlich gesunken. Die Folge: Inzwischen gibt der Staat in Deutschland noch nicht einmal sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Personal aus. In der EU sind es 10,5 Prozent, in Dänemark 16,9 Prozent.

Profitieren Sie von Ihrem Berufsstand! Senken Sie Ihre Belastung!

TOP-Konditionen für Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst für private Anschaffungen/als Entschuldungsprogramm

Mit Festzinsgarantie über 12, 15 oder 20 Jahre; ab 5,50%, eff. 5,88% schnelle Abwicklung; bis 80.000 Euro

Beamtenwirtschaftsservice

Alfred Jaeger

Hermann-Löns-Weg 12

51580 Reichshof

Tel.: 0 22 96-90 87 28

Fax: 0 22 96-90 89 60

E-Mail: alfred-jaeger@t-online.de

Auf die Qualität kommt es an

Jahrelang ist in NRW heftig über die Einführung einer neuen Polizeiuniform gestritten worden. Jetzt soll alle 30 000 uniformierten Polizeibeamtinnen und -beamten des Wach- und Innendienstes die bislang in drei Polizeibehörden getestete blaue Uniform in den kommenden drei Jahren erhalten. Entscheidend ist bei der neuen Uniform aus Sicht der GdP weniger die Farbe als die Einhaltung der Qualitätsstandards, die auch bei den Trageversuchen in Bielefeld, Krefeld und Mönchengladbach zu Grunde gelegen waren. Die GdP hat deshalb die Ankündigung von Innenminister Ingo Wolf (FDP) positiv gewertet, dass bei der Entscheidung über die EU-weit auszuschreibenden Angebote für die neue Uniform Qualitätsfragen mit 80 Prozent, Preisunterschiede hingegen nur mit 20 Prozent berücksichtigt werden sollen. Zudem dringt die GdP darauf, dass Polizeibeamte, die sowohl Büro- als auch Wachdienstfunktionen wahrnehmen, die notwendigen Uniformen für beide Dienstbereiche bekommen.

ExxonMobil Chemical

Verantwortung für Sicherheit, Gesundheit, Umwelt

RESPONSIBLE CARE ist eine weltweite Initiative der Chemischen Industrie für Sicherheit, Gesundheit und Umwelt, zu deren aktiven Mitgliedern die ExxonMobil Organisation seit 1987 gehört.

Im Rahmen der RESPONSIBLE CARE haben wir es in Europa geschafft, die Emissionen unserer Chemieanlagen von 1990 bis heute um mehr als 50 % zu verringern - ein Ziel, auf das wir sehr stolz sind und das wir eifrig weiterverfolgen.

ExxonMobil Chemical Central Europe GmbH
Neusser Landstraße 16, 50735 Köln



Kürzere Lebensarbeitszeit für Wach- und Wechseldienst

Ende November haben die Mitglieder des Landesfachausschusses Wach- und Wechseldienst (WWD) über die Fortentwicklung des Positionspapiers der GdP zur Arbeitszeitflexibilisierung diskutiert. Mit am Tisch saßen dabei auch der Vorsitzende des Arbeitskreises Innenpolitik der CDU-Fraktion, Werner Lohn, und der Haushalts- und Finanzexperte der Union, Christian Möbius.

Die beiden CDU-Abgeordneten begrüßten den vorliegenden Entwurf der GdP. Der Zeitpunkt, Forderungen an die Politik zu stellen, sei richtig. Schließlich stehe zu Beginn der nächsten Legislaturperiode eine Dienstrechtsreform an. Auch die Forderung nach einer weiteren Verringerung der Lebensarbeitszeit als Ausgleich für den geleisteten Wechselschichtdienst sei ein Schritt in die richtige Richtung. Die Belastungen des Wach- und Wechseldienstes seien unbestritten. Dennoch erklärten die beiden CDU-Abgeordneten, dass die GdP von der Politik nicht für alle belastenden Bereiche eine Verringerung der Lebensarbeitszeit erwarten könne. Belastungen, die durch Sachbearbeitung in extremen Bereichen,

wie z. B. die Verfolgung von Kinderpornographie und Todesermittlungen einhergehen, müssten zu einem späteren Zeitpunkt aufgegriffen werden. Dies müsse zudem durch andere Mechanismen als durch eine Faktorisierung erfolgen.

Deutliche Meinungsunterschiede gab es mit Blick auf die Forderung der GdP nach Rückführung der besonderen Altersgrenze für Polizeibeamtinnen und -beamte auf das 60. Lebensjahr. MdL Christian Möbius: „Wer 62 nachtrauert, verkennt die Realität. Der demographische Wandel führt zu Veränderungen. Spätere Pensionierungen zeichnen sich ab. Alternative Modelle müssen erst noch erarbeitet werden.“ Im Übrigen

würden sich die Bundesländer in Bezug auf Problemlösungen für besonders belastete Bereiche gegenseitig beäugen. Jeder warte darauf, dass das andere Bundesland anfrage.

Die Vertreter der GdP nutzten die Gelegenheit, auch auf die Probleme bei der Umsetzung der 25/1-Regelung hinzuweisen. So werden zum Beispiel ältere Kolleginnen und Kollegen von Beförderungen abgekoppelt, wenn sie ein Jahr früher gehen und deshalb in die Sperrfrist-Grenze geraten können. Nach Meinung der GdP muss es hierfür flexible Lösungen geben. Schließlich mache es die demographische Situation innerhalb der Polizei für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen immer schwerer, aus dem Wach- und Wechseldienst herauszukommen. Zudem plädierten die Mitglieder des Landesfachausschusses für mehr Fantasie in der Personalpolitik: Die lineare Verlängerung der Lebensarbeitszeit sei ein reines Sparmodell. Eine Flexibilisierung sei der bessere Weg.

Freiwillig bis 70

Grundlegende Korrekturen im Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht soll es nach dem Willen der amtierenden Landesregierung in NRW erst nach der Landtagswahl 2010 geben. Dennoch sind im Entwurf für ein neues Landesbeamtengesetz, den das Kabinett Ende vergangenen Jahres den Verbänden zur Stellungnahme vorgelegt hat, eine Reihe von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen enthalten. So soll die Lebensarbeitszeit der Beamten im Polizeidienst dauerhaft auf 62 Jahre festgeschrieben werden, die der übrigen Beamten auf 67 Jahre. Zudem sollen Beamte freiwillig bis zum Erreichen des 70. Lebensjahres weiter arbeiten können. Auch die 2004 wegen der damaligen schwierigen Haushaltslage vom Landtag beschlossene Anhebung der Wochenarbeitszeit der Beamten auf 41 Stunden soll nunmehr unbefristet fortgelten.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de

Musterklage eingereicht

Bei besonderen Einsatzlagen wie Geiselnahmen, Entführungen, Bedrohungs- und Gefährdungslagen kommen regelmäßig nicht nur die Mobilien Einsatzkommandos (MEK) und der Spezialeinsatzkommandos (SEK) der Polizei zum Einsatz, sondern auch die Mitglieder der sogenannten Verhandlungsgruppe. Sie werden als taktische Spezialeinheit zur Verhütung und Verfolgung von herausragenden Straftaten, zur Gefahrenabwehr und zum Schutz von Menschen, insbesondere zur Gesprächsführung eingesetzt. Eine Aufgabe, die nicht nur hohe zeitliche und räumliche Mobilität erfordert, sondern die mit den gleichen physischen und psychischen Belastungen verbunden ist, denen auch die Mitglieder des MEK und des SEK ausgesetzt sind. Trotzdem erhalten die Mitglieder der Verhandlungsgruppe nicht die Zulage, die Mitglieder der MEK's und der SEK's wegen ihrer besonderen Belastung zusteht.

Die GdP hält das für rechtswidrig und wird eine Musterklage einreichen, um die Einbeziehung der Verhandlungsgruppe bei der Gewährung der Erschwerniszulage zu erreichen. In ihrer Klage stützt sich die GdP auf die Rechtsprechung zu den Voraussetzungen für das Vorliegen einer Erschwernis.

Um zu verhindern, dass alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen individuell auf Gewährung der Zulage klagen müssen, hatte die GdP das Innenministerium zuvor aufgefordert, die Entscheidung über die entsprechenden Anträge bis zu einer endgültigen gerichtlichen Klärung auszusetzen. Dieser Bitte ist der Minister durch einen Erlass nachgekommen. Mitglieder der Verhandlungsgruppen können deshalb ohne Kostenrisiko die Gewährung der Zulage beantragen. Musteranträge dazu gibt es bei der Rechtsschutzabteilung des Landesbezirks.



Landesfach- ausschüsse

Zehn Landesfachausschüsse hat die GdP NRW, vom Fachausschuss Gefahrenabwehr/Strafverfolgung über Wach- und Wechseldienst bis zur Polizeitechnik. Aufgaben und Struktur der Landesfachausschüsse sind in der Satzung festgehalten. Aber nicht alle arbeiten in der gleichen Weise. Zudem spiegelt ihr Aufgabenzuschnitt zum Teil nicht mehr die in den vergangenen Jahren veränderte Struktur der Polizei in NRW wider.

Auf einer gemeinsamen Sitzung haben deshalb Ende November die Vorsitzenden der Landesfachausschüsse und die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes eingehend die derzeitige Situation der Landesfachausschüsse und über ihre Ausrichtung auf die in den kommenden Jahren zu bewältigenden Aufgaben diskutiert. Nachgedacht wurde unter anderem über die Anzahl, die Aufgaben, die personelle Zusammensetzung der Landesfachausschüsse und über die Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Arbeitsfähigkeit.

Unter den Diskussionsteilnehmern bestand Einigkeit darüber, die Landesfachausschüsse so aufzustellen, dass sie zukunftsfähig ihren satzungsgemäßen Auftrag – nämlich die zeitnahe und sachgerechte Beratung des Geschäftsführenden Vorstands – erfüllen können. Bis Anfang kommenden Jahres wollen die Vorsitzenden der Landesfachausschüsse den Mitgliedern des Landesbezirksvorstandes eigene Vorschläge über die künftige Struktur und den Aufgabenzuschnitt der Landesfachausschüsse unterbreiten.

Landesdelegiertentag 2010

Der Landesdelegiertentag 2010 der GdP findet vom 20. bis 22. April 2010 in Dortmund statt. Das hat der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand beschlossen. Antragsfrist für den Delegiertentag ist der 11. November 2009.

Auch der Termin für die Landesseniorenkonferenz 2009 steht bereits fest. Er findet am 13. Oktober in Münster statt. Die Konferenzen der Jungen Gruppe und der Frauengruppe sind ebenfalls für den Herbst geplant. Die genauen Termine stehen aber noch nicht fest.

Wir sind die GdP



„GdP, Deeken, guten Tag!“ – seit September 2007 gibt es das Service-Büro der GdP in Düsseldorf. Seitdem landet jeder, der den Landesbezirk erreichen will, irgendwann mal bei einem der vier Kolleginnen des Service-Büros, bei Stefanie Bauer, Petra Neumann, Christel Schmeling oder Sabine Deeken. Gegründet wurde das Service-Büro, damit nicht nur die politisch Aktiveren in der GdP, sondern jedes Mitglied die Geschäftsstelle jederzeit erreichen kann, wenn irgendwo der Schuh drückt. Entsprechend sind die Geschäftszeiten des Service-Büros: jeden Werktag außer Samstag von 7.00 bis 17.00 Uhr, nur freitags endet der Telefondienst bereits um 15.00 Uhr.

Aber nicht nur bei der Erreichbarkeit, sondern auch bei der Bearbeitung der eingehenden Anrufe setzen die vier Mitarbeiterinnen des Service-Büros auf zufriedene Anrufer. Die Anfragen werden entweder direkt beantwortet oder mit Hilfe vorbereiteter Formulare an die zuständigen KollegInnen in der Geschäftsstelle weitergeleitet. Und was oft noch wichtiger ist: Die Mitarbeiterinnen im Service-Büro wissen eigentlich immer, wer wo zu erreichen ist. Und trotzdem ist das Service-Büro viel mehr als ein GdP-internes Callcenter, denn der Servicedienst läuft für alle vier Kolleginnen nur nebenher. Büroleiterin Christel Schmeling ist als Verwaltungsangestellte in der Abteilung III auch für die Bereiche Gewerkschaftliche Bildung, Vertrauensleute sowie Frauengruppe zuständig, Stefanie Bauer in der Abteilung I für Personalvertretungsrecht, Personalräte, JAV und Arbeitsschutz, Sabine Deeken in der Abteilung II für Tarif- und Beamtenrecht, Sozialpolitik sowie die Seniorenpolitik, und Petra Neumann in der Abteilung IV für Mitgliederwerbung, Junge Gruppe und die Bereitschaftspolizei.

Erreichbar ist das Service-Büro unter der Durchwahl 02 11/29 10-1 10. Damit es schnell geht.

GdP aktiv

19. 1., Beginn der Tarifverhandlungen für den TV-L

22. 1., Schinken-Preisskat der Kreisgruppe Olpe, Polizeipräsidium Olpe, 16.00 Uhr

26. 1., 2. Verhandlungsrunde der Tarifverhandlungen für den TV-L

27. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, Gaststätte

Berghäuser Hof, Hattinger Str. 121, Schwelm

29. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bochum, ehemaliger Speisesaal der Bereitschaftspolizei, Gersteinring 50a, Bochum

14.–16. 2. 3. Verhandlungsrunde der Tarifverhandlungen für den TV-L



JAV-Wahlen im April

Um die Interessen der 1100 Polizeianwärterinnen und -anwärter, die am 1. September ihr Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW aufgenommen haben, haben sich in den vergangenen Monaten die Personalräte in den örtlichen Polizeibehörden und die Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) der älteren Ausbildungsjahrgänge gekümmert. Ab April wird das anders sein. Dann sollen die Jugend- und Auszubildendenvertretungen bei der Polizei neu gewählt werden.

Gewählt werden nicht nur die örtlichen JAV'en beim LZPD und in den zehn Ausbildungsbehörden, denen die 1100 Kommissaranwärterinnen und -anwärter zugeordnet sind (PP Aachen, PP Bonn, PP Köln, PP Düsseldorf, PP Duisburg, PP Bielefeld, PP Münster, PP Gelsenkirchen, PP Dortmund, PP Hagen), sondern analog dem Polizei-Hauptpersonalrat gibt es auch eine Polizei-Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung beim Innen-

ministerium. Diese Parallelstruktur hat einen Sinn: Denn die Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollen dafür sorgen, dass die Interessen und Ansichten der Jugendlichen und Auszubildenden im Polizeibereich bei den Entscheidungen der Personalräte berücksichtigt werden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Gremien ist deshalb wichtig.

Unter dem Motto „Wir für Euch!“ werden auch 2009 wieder Kandidatinnen und Kandidaten der GdP auf eigenen Wahllisten zu den JAV-Wahlen antreten. Für die GdP ist es wichtig, dass die JAV-Kandidaten aus allen Bereichen und Ausbildungsabschnitten kommen. Nicht nur aus dem Beamten-, sondern auch aus dem Tarifbereich. Denn nur wenn in der JAV alle Bereiche vertreten sind, ist eine effektive

Interessenvertretung aller Auszubildenden gewährleistet. Zudem ist eine möglichst hohe Wahlbeteiligung wichtig. Denn das gibt den gewählten Vertreterinnen und Vertretern den notwendigen Rückhalt für ihre Arbeit.

JAV'ler werden können übrigens alle, die jünger als 27 sind. Wählen dürfen Jugendliche unter 18 und Azubis – und darunter fallen bei der Polizei auch die KommissaranwärterInnen und -anwärter. Eine örtliche Jugend- und Auszubildendenvertretung kann in allen Dienststellen gewählt werden, in denen es mindestens fünf Wahlberechtigte gibt. Unabhängig von der Zahl der Auszubildenden können zudem alle Beschäftigten bis 27 Jahre die Polizei-Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung mitwählen.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 6. 1. Margarete Kühlkamp, Recklinghausen
- 11. 1. Wilhelmine Franke, Hamm
- 13. 1. Lieselotte Schwarz, Hückeswagen
- 20. 1. Käte Kortewille, Mülheim
- 23. 1. Elfriede Sommer, Bergkamen
Hannelotte Stöth, Duisburg
- 30. 1. Ingeborg Donath, Oelde

91. Geburtstag

- 3. 1. Luise-Maria Helmerich, Detmold
Hildegard Heumann, Gescke
- 7. 1. Robert Schramm, Meerbusch
- 13. 1. Werner Kaus, Mettmann
- 14. 1. Christa Damm, Hürth-Gleuel
- 22. 1. Wilhelm von Borzyskowski, Münster

92. Geburtstag

- 2. 1. Ruth Heinrichs, Wuppertal
- 7. 1. Georg Bohms, Düren
- 19. 1. Bernd Katthöfer, Essen
- 25. 1. Maria Warmers, Rhede
- 29. 1. Gertrud Brüggemann, Bochum
Karl Geiß, Münster
- 30. 1. Maria Renette, Neuss

93. Geburtstag

- 11. 1. Erika Brockmann, Bodnegg
- 15. 1. Kurt Riedel, Haltern
- 19. 1. Franka Barnett, Köln
- 22. 1. Heinrich Bannritzer, Bergheim

94. Geburtstag

- 6. 1. Josef Hogen, Alsdorf
- 12. 1. Walter Schröder, Erftstadt
- 23. 1. Andreas Sterck, Köln
- 24. 1. Edmund Klein, Bochum
- 30. 1. Franz Brinkert, Datteln

95. Geburtstag

- 5. 1. Edeltraud Gulgowski, Oberhausen
- 9. 1. Arnold Stupp, Wesel
- 15. 1. Berta Hellweg, Lage
- 18. 1. Leo Berg, Halver
- 21. 1. Agnes Paßmann, Gelsenkirchen
- 31. 1. Hedwig Dankelmann, Hörscheid

96. Geburtstag

- 19. 1. Elisabeth Wienstroth, Köln
- 21. 1. Marianne Heinz, Hürth

97. Geburtstag

- 20. 1. Herta Bastan, Köln

98. Geburtstag

- 11. 1. Max Mohr, Krefeld

99. Geburtstag

- 30. 1. Fernandine Schink, Menden

100. Geburtstag

- 13. 1. Alma-Anna-Dolly Röhrig, Plettenberg

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP Nordrhein-Westfalen wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31
vom 1. Januar 2008

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe ist der 10. Januar.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüro**

in Kurzfassung - Januar 2009



Landesseniorenfahrt 2009 Andalusien 10. - 24. Mai 2009



Unsere diesjährige Reise führt Sie an die Costa Tropical, in das 4*-Hotel Spa Almunecar Playa. Dieses moderne und komfortable Hotel ist nur durch die Promenade vom Strand getrennt und wenige Gehminuten vom malerischen Ortskern entfernt.

Eingeschlossene Leistungen:

Flug ab/bis Deutschland nach Malaga

Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen

Rail & Fly in der 2. Klasse

14 Übernachtungen im 4*-Hotel mit All Inclusive

GdP-Reisebegleitung

**Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 1.019,-**

**Verschiedene Ausflüge können bereits vorab gebucht werden.
Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an!**

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf

Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 • www.gdp-service-nw.de • pinguin@gdp-service-nw.de

Senioren aktuell

Kreisgruppe Minden-Lübbecke
22. Januar, 16.00 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisseniorengruppe, Gaststätte Kreft, Hille

Kreisgruppe Kleve
14. Januar, 15.00 Uhr, Neujahrskaffee-trinken, Hotel Litjes, Goch

Kreisgruppe Köln
15. Januar, 14.00 Uhr, die Pressestelle des PP Köln berichtet über ihre Arbeit, Pfarrsaal St. Georg, Köln

Eine Übersicht über alle regelmäßigen Termine der Seniorengruppen der GdP wird in der Ausgabe 2/2009 veröffentlicht.

Werbeaktion 2009 Glücksnummern des Monats

45 15990
Christian Heieis, Bonn
45 08542
Herbert Weber, Bochum
45 44163
Heinz Bernd Kochs, Bochum
45 72181
Günther Fechner, Olpe

Die Gewinner erhalten eine Wetterstation Classic.

Rettungswagen für bolivianisches Krankenhaus übergeben

Seit 25 Jahren unterstützen GdP-Kolleginnen und Kollegen aus Mühlheim/Ruhr ein Krankenhaus in der bolivianischen Stadt Cochabamba. Der einzige Rettungsdienst in der Andenstadt besteht aus einer mit Spendenmitteln finanzierten Freiwilligen Feuerwehr, der es an allem fehlt, zum Beispiel an Rettungswagen.

Mit Hilfe von Beschäftigten der Kreispolizeibehörde Lippe, des Landrats und der dortigen Freiwilligen Feuerwehr konnte Ende vergangenen Jahres ein Krankentransporter bereitgestellt werden, der inzwischen per Schiff den weiten Weg von Nordrhein-Westfalen in die Anden angetreten hat. Unterstützt wird der Transport des Krankentransporters durch die Entwicklungshilfeorganisation medeor, die sich auf die Versorgung von Krankenhäusern und Gesundheitsprojekten mit preiswerten Gernika-Medikamenten spezialisiert hat, und durch den Essener Industriekonzern Evonik und die Hamburg Süd-



Der GdP-Vorsitzende Frank Richter, Mitinitiator und wichtigster Akteur des Mühlheimer GdP-Projekts, am 4. Dezember 2008 bei der symbolischen Übergabe des Krankentransporters an action medeor.

amerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft KG.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de

Tauschgesuch

Polizeiobermeister aus Berlin sucht Tauschpartner in NRW zum schnellstmöglichen Zeitpunkt. Auch ein Ringtausch ist möglich.

E-Mail: Ines.Bendig@gmx.de

NACHRUF

Ahlers, Helmut	8. 1. 1931	Dortmund-Autobahnpolizei	Obermann, Hilda	24. 8. 1912	Lippe
Baaske, Katharina	20. 3. 1919	Duisburg	Pischny, Karl Dieter	26. 6. 1953	Essen
Barten, Gisela	23. 10. 1922	Bochum	Reißenweber,		
Berndt, Hans-Peter	24. 4. 1943	Dortmund	Hannelore	26. 5. 1940	Siegen
Brehm, Gerda	2. 5. 1927	Gelsenkirchen	Rosin, Willi	3. 3. 1926	Oberbergischer Kreis
Goerigk, Anna	7. 12. 1927	Dortmund	Schäfer, Heinz	24. 12. 1919	Recklinghausen
Hahn, Gerhard	3. 11. 1913	Bonn	Schlittermann, Kurt	28. 5. 1921	Düsseldorf
Harnack, Heinrich	15. 12. 1925	Warendorf	Schloßmacher, Hans	14. 5. 1938	Erfkreis
Heinisch, Gerhard	16. 11. 1939	Köln	Schober, Helmut	22. 7. 1937	Borken
Kähler, Günter	16. 1. 1930	Autobahnpolizei Düsseldorf	Steinbach, Helmut	28. 8. 1923	Duisburg
Kammann, Johanna	23. 7. 1922	Wesel	Steinbusch, Josef	18. 10. 1918	Bielefeld
Kleikamp, Theodor	4. 1. 1922	Gelsenkirchen	Strohmeier, Dieter	22. 7. 1956	Recklinghausen
Kolditz, Hans-Jürgen	29. 3. 1964	Hochsauerlandkreis	Ufer, Heinrich	8. 9. 1921	Essen
Lang, Heinz Günter	10. 3. 1928	Autobahnpolizei Düsseldorf	Weidenhaupt, Hans	25. 8. 1917	Aachen
Lockemann, Friedrich	25. 3. 1926	Dortmund	Wemhöner, Walter	29. 3. 1919	Herford
Lux, Adolf	30. 3. 1934	Unna	Wiesemeier, Willi	9. 3. 1934	Hamm
Meßmann, Michael	29. 7. 1919	PAI Bochum	Worm, Rolf	3. 2. 1925	Wesel
Oberdieck, Dieter	25. 9. 1940	Mönchengladbach	Zierfuß, Bodo	14. 1. 1938	Wasserschutzpolizei NRW

